Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 6

Artikel: Eine ungewöhnliche Rede zum 1. Mai : der Schaden durch politische Ruhe : von den Frauen lernen
Autor: Bichsel, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340620>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der politisch Interessierte mühelos zu leisten vermag. Jubiläumsbücher haben es in sich, dass sie dort zu enden pflegen, wo es am interessan-

testen wird: in der Gegenwart. Darüber hinaus hat ein anderer gedacht, als er sich an seiner 1.-Mai-Rede in Andelfingen ebenfalls mit runden Parteige-

burtstagen auseinandersetzte: der Schriftsteller und Genosse Peter Bichsel. Sein Beitrag folgt anschliessend.

Toya Maissen

Eine ungewöhnliche Rede zum 1. Mai: Der Schaden durch politische Ruhe

Von den Frauen lernen

Von Peter Bichsel

Die sozialdemokratische Sektion Andelfingen feiert in diesem Jahr ihr 75jähriges Bestehen, einen runden Geburtstag also, wie ihn auch die SPS feiert. Zum 1. Mai wurde der Schriftsteller und Genosse Peter Bichsel eingeladen, die Rede zu halten. Seine erste und letzte, wie er versicherte. Ihn macht der 1. Mai traurig. Warum, davon handelte seine hier veröffentlichte Rede.

1.-Mai-Feiern sind die stolzen Feste einer stolzen Arbeiterbewegung, und zu ihnen gehört ein Festredner, der zum Kampfe aufruft. Ein solcher Festredner bin ich nicht, denn 1.-Mai-Feiern machen mich traurig. Sie machen mir immer wieder den Eindruck, als seien sie nur Parodien auf ehemalige echte Demonstrationen von kleinen tapferen Gruppen. Das ist denn auch der Grund, weshalb ich noch nie eine 1.-Mai-Rede gehalten habe, der Grund dafür, dass diese hier meine einzige bleiben wird.

Ich schäme mich hier vor jenen, die vor 75 Jahren eure Partei gegründet haben, damals noch als rote Hunde und vaterlandslose Gesellen bezeichnet, verachtet von ihren Nachbarn, verhöhnt von Kollegen. Überzeugte, tapfere Arbeiter, die bereit waren, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, um für eine bessere Existenz zu kämpfen; die bereit waren, an eine freie, an eine friedliche Welt zu glau-

ben, an eine gerechte Welt auch, an eine genossenschaftliche Welt – Menschen, für die das Wort Eidgenossenschaft ein Versprechen war und die trotz schlechter Erfahrungen mit der damaligen Scheindemokratie von der Idee der Demokratie überzeugt waren und dafür kämpften, an ihr teilnehmen zu dürfen.

Wenn ich richtig gerechnet habe, dann war das 1913, ein Jahr nachdem der deutsche Kaiser seine Schweizer Truppen inspiert hatte, ein Jahr nachdem ein grosser Teil der Schweizer Bourgeoisie zum Verrat bereit war und zur Beteiligung am Krieg. Ein Jahr nach dem Friedenskongress der Sozialistischen Internationalen in Basel, der einen grossartigen, aber gescheiterten Versuch machte, den drohenden Weltkrieg zu verhindern.

Vaterlandslose Gesellen nannte man damals die, die nicht für den deutschen Kaiser waren – nannte man die, die den Weltkrieg nicht wollten, nannte man jene, die als Sozialdemokraten für diese schweizerische Demokratie waren, und ausgerechnet jene, die sich bereits an den deutschen Kaiser verkauft hatten, warfen diesen Sozialdemokraten vor, von ausländischen Ideen abhängig zu sein. Jene Arbeiter aber wussten, dass sie im Recht sind, und sie wussten, dass sie diese Schweiz vertreten, und sie wussten, dass

die Bourgeoisie nicht diese Schweiz im Sinne hatte, sondern nur ihren persönlichen Vorteil. Und sie standen hier vor 75 Jahren und wurden verspottet und ausgelacht, und sie verloren ihre Arbeitsstellen, und sie wurden angespuckt von ihren Nachbarn.

Ich frage mich, ob wir heute hier stehen würden unter solchen Bedingungen. Und die Frage hat jeder und jede von Euch für sich selbst zu beantworten – und die Antwort heisst wohl «nein».

Wir haben keinen Grund, uns selbst und unsere 75jährige Sektion Andelfingen zu feiern. Wir haben keinen Grund, uns selbst und unsere 100jährige SPS zu feiern, aber wir haben Grund, uns in Ehrfurcht vor ihren Gründern zu verneigen nicht vor Steck und Greulich und Grimm, sie sind durch der Einzug ins Geschichtsbuch für ihre Leistung längst entschädigt – wir haben uns zu verneigen vor all den Namenlosen die diese Bewegung nicht nur geführt, sondern getragen haben, zu verneigen vor den namenlosen Gründerinnen unserer Partei. Sie allein, die Frauen, haben diese Partei getragen in den ersten schwereren Jahren.

Es waren Frauen, die ihre Männer zu den Versammlungen geschickt haben, es waren Frauen, die die Schriften der Arbeiterführer gelesen haben.

und es waren Frauen, die während der Streiks ihre Familie durchbrachten mit wenig oder ohne Geld. Es waren Frauen, die die Hoffnung auf eine gerechte Welt nie aufgegeben haben. Die Bürgerlichen wussten jedenfalls, warum sie das Frauenstimmrecht so lange verhinderten, und es gehört zu den traurigen Erfahrungen unserer Bewegung, dass es immer wieder Arbeiterkreise waren, die gern bereit waren, in der Verhinderung des Frauenstimmrechts die Bürgerlichen zu unterstützen, trotz der uralten Forderung der Sozialdemokraten.

Aber noch heute will niemand glauben, dass das Frauenstimm- und Wahlrecht etwas verändert hat. Es hat unsere Politik verändert, und es wird sie verändern. So wenig grün die grossen Parteien auch sind, sie wollen es doch alle sein vor den Wahlen. Das müssten sie wohl immer noch nicht, wenn immer noch nur wir Männer die Wähler wären.

Unsere Vorfahren haben für das Leben gekämpft, um ein menschenwürdiges Leben – ob ein Einfamilienhaus mit gepflegtem englischen Rasen und ein bis zwei Mittelklasswagen Menschenwürde ist, das ist inzwischen eine andere Frage, aber erkämpft haben es unsere Vorfahren in der Arbeiterbewegung. Inzwischen geht es nicht mehr um das Leben, sondern um das Überleben – darum, dass es uns noch morgen gibt und übermorgen und überübermorgen. Das ist eine weibliche Arbeit, davon haben Mütter schon seit Jahrhunderten mehr verstanden als Väter.

Es mag zwar Mütter gegeben haben in aller Welt, die stolz darauf waren, dass ihre Söhne Soldaten oder Offiziere waren, aber in den Krieg geschickt wurden sie von Vätern, und ihren Stolz haben die Frauen nur von den Männern gelernt. Wir

haben jetzt von den Frauen zu lernen. Aber das wird lange dauern – und ich werde es wohl nicht mehr erleben –, bis wir wirklich etwas gelernt haben.

Ich spreche nicht von Feminismus, ich spreche nicht von der sechstausendjährigen Männerherrschaft – ich bin selbst ein Mann – ich spreche nur davon, dass es endlich nach sechstausend Jahren an der Zeit ist, dass nicht nur die Frauen von uns Männern lernen, sondern auch wir Männer von den Frauen. Dass einzelne prominente Politikerinnen nichts anderes tun als Männer nachahmen – und ich nenne keine Namen, möchte aber Namen gedacht haben – das ist sehr traurig, aber es ist leider verständlich und noch lange kein Grund, dass wir keine Frauen wählen.

Ich sage das hier nur, weil ich den Eindruck habe, dass wir hier in der Schweiz nach fast zwanzig Jahren Frauenstimmrecht immer noch so tun, wie wenn es sich nur um eine Versuchsperiode handeln würde, immer noch so tun, wie wenn sich die Frauen zu bewähren hätten. Immer noch wird über Nutzen und Schaden des Frauenstimmrechts diskutiert. Wir Sozialdemokraten müssten wissen, dass sich die Frauen bewährt haben – über Jahrzehnte bewährt haben –, ohne sie wäre unsere Partei nie gegründet worden, und es gibt wohl weltweit keinen einzigen Streik, der nicht von Frauen getragen worden wäre. Wie gern sind wir Männer bereit, das zu vergessen oder überhaupt nicht wissen zu wollen. Vom Überleben verstehen sie mehr als wir Männer, und es geht ums Überleben.

Es gab vor hundert Jahren, als Albert Steck unsere Sozialdemokratische Partei gründete, eine fast ungetrübte Hoffnung auf eine bessere, auf eine gerechtere Welt. Die Hoffnung bleibt, die Hoffnung auf eine

Welt ohne Völkermord – an den Juden zum Beispiel, an den Zigeunern zum Beispiel – ohne das Flüchtlingselend der Palästinenser, ohne Apartheid, ohne Herrenmenschenverhalten der Schweizer gegenüber Tamielen, ohne den Zynismus von Spekulation, die uns den Boden klaut, auf dem wir alle stehen und der uns allen gehört. Es gibt eine Hoffnung auf eine gerechtere Welt – aber diese Hoffnung ist inzwischen getrübt durch ein Fragezeichen. Ich kann mir eine bessere Welt vorstellen – ich bin überzeugt, dass sie herstellbar ist – in dreissig Jahren, in fünfzig Jahren, in hundert Jahren –, die Frage ist nur, ob es dann diese Welt noch gibt.

Weltuntergangsvorstellungen sind alt. Schon der Apostel Paulus glaubte, den Weltuntergang persönlich zu erleben. Es gab Vorstellungen davon, dass die Welt explodieren könnte, dass die Sonne erlöschen könnte, dass der Mond auf die Erde abstürzen könnte – alles naturwissenschaftliche Zufälle. Was neu ist – sehr neu –, das ist, dass wir alle den Weltuntergang kennen. Wir haben den Weltuntergang – endlich – in unseren Händen. Wir leben alle – alle zusammen – mit einer Atombombe in unseren Händen, und wir sind nur noch damit beschäftigt, uns gegenseitig zu beobachten, ob keiner stolpert und seine Bombe fallen lässt.

Sicherheit heisst nicht mehr soziale Sicherheit, sondern sicheres Entsorgen der atomaren Abfälle. Sicherheit heisst auch nicht mehr Landesverteidigung, sondern Sicherung der Arbeitsplätze durch Aufrüstung.

Es gibt in ganz Europa nur noch schweizerische Politiker, die dauernd und hartnäckig vor Abrüstung warnen.

Und daneben stirbt der Wald still und einsam vor sich hin.

«Die Schweiz ist doch zur Zeit das freiste Land in Europa, aber zur vollen politischen Freiheit der Bürger fehlt noch vieles», das ist nicht von mir, das hat der Gründer unserer Partei – Albert Steck – vor hundert Jahren gesagt. Albert Steck, ein Berner Aristokrat, war ein überzeugter Liberaler, ein überzeugter Freisinniger. Er ist es ein Leben lang geblieben, denn seine Idee der Sozialdemokratie war eine liberale Idee. Er litt darunter, dass die Liberalen ihre liberalen Grundwerte im Stich gelassen hatten. Er wollte die Revolution nicht, und er versuchte in langen Briefwechseln die wenigen echten Liberalen zu überzeugen. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz war keine revolutionäre Gründung, sondern eine überzeugt demokratische.

Um so mehr erstaunt es, dass den Bürgerlichen schon das zuviel war – Demokratie war offensichtlich bereits kein Bekenntnis mehr, sondern nur Vorwand: «Sie werden schon stimmen wie wir wollen!»

Wenn wir Sozialdemokraten von unserer Gesellschaft sprechen, dann nennen wir gern unsere heroischen Taten, und wenn wir unsere Geschichte nachlesen, dann entsteht oft der Eindruck, als ob vor uns nichts anderes gewesen wäre als Generalstreik – er hat nur drei Tage gedauert –, und pfiffige Sozialdemokraten haben mit diesen drei Tagen später ihre ganze Karriere gemacht und ihren ehemaligen Mitstreitern erklärt, dass es wichtig sei, dass sie jetzt an der Macht seien und dass es verständlich sei, dass sie in der Minderheit keine Macht hätten.

Daran haben wir uns inzwischen gewöhnt: Unsere Vertreter in den Regierungen sind an der Macht – das genossen sie, und dann können sie uns erst noch erzählen, dass sie eben in

der Minderheit seien und keine Macht hätten, das genossen sie auch.

Ich plädiere nicht für den Austritt aus den Regierungen. Ich plädiere nur dafür, dass unsere Vertreter in den Regierungen ihren Minderheitsstatus nicht als bequem empfinden. Unsere Regierungsbeteiligung war nicht sinnlos, denn das ganze Zitat von Steck heisst: «Aber zur vollen politischen Freiheit der Bürger fehlt noch vieles, zur sozialen Freiheit noch alles.»

Inzwischen fehlt zur sozialen Freiheit nicht mehr alles. Wir haben etwas erreicht, oder besser: Die Drohung unserer Vorfahren vor hundert Jahren hat Früchte getragen. Aber zur vollen sozialen Freiheit fehlt inzwischen noch vieles, und drohen können wir nicht mehr.

Das Friedensabkommen – eine wirklich überzeugende politische Leistung von Konrad Ilg – ist sehr einseitig geworden. Wir drohen nicht mehr mit Streik, aber wir werden dauernd bedroht mit Arbeitsplatzentzug. Wer gegen Aufrüstung ist, dem wird mit Verlust von Arbeitsplätzen gedroht; wer gegen Nationalstrassen ist, dem wird mit Krise gedroht; ein nicht gebautes Atomkraftwerk gefährdet die Arbeitsplätze. Wir haben uns darauf eingelassen, jetzt sitzen wir mit drin.

Und wir brauchen Arbeitsplätze, wir brauchen sie dringend und heute, und wir brauchen sie leider – vorläufig – dringender als den Wald. Und wir brauchen sie vorläufig dringender als den Frieden, dringender als den Frieden in Nicaragua, in Palästina, in Südafrika. Wir brauchen diese Arbeitsplätze dringender als die Ernährung der Menschen in Äthiopien, als die Befreiung von Menschen aus türkischen, aus tschechoslowakischen, aus russischen Gefängnissen, wir brauchen diese Arbeitsplätze dringender

als die Chilenen ihre Demokratie.

Und wenn wir aufstehen und sagen, dass wir keinen Handel möchten mit dem Apartheidsystem in Südafrika – dann erpresst man uns mit unserem eigenen Arbeitsplatz. Und da gibt es noch Leute in unserer Partei, die dauernd erzählen, es gäbe keine Arbeiter mehr und wir seien keine Arbeiterpartei mehr.

Die meisten von uns sind noch Arbeiter – denn ein Arbeiter ist einer, der ausschliesslich von seiner Arbeit lebt, einer, der in akute existenzielle Schwierigkeiten gerät, wenn er seine Arbeit verliert.

Und da gibt es noch Arbeiter, die erzählen, dass jeder, der wirklich arbeiten wolle, auch Arbeit finde – die jeden, der keine hat, als faul bezeichnen. Sind das etwa alle faule Menschen, die jetzt von der ehemaligen BBC entlassen werden und dürfen alle Fleissigen bleiben?

Arbeiter sind solche, die mit ihrer Arbeit ihre Existenz verlieren, es gibt mehr und mehr Gründe, jetzt erst recht eine Arbeiterpartei zu sein und uns auch dann für alle Arbeiter einzusetzen, wenn sie uns nicht verstehen wollen.

Das ist die hundertjährige Schwierigkeit unserer Partei, dass jene, für die wir uns einsetzen wollen, uns nicht verstehen können – weil sie sich mehr davon versprechen, wenn sie jene verstehen, die ihnen den Arbeitsplatz entziehen könnten. Das ist traurig, aber verständlich, und das ist wohl der einzige Grund für all die Flügelkämpfe, die diese Partei seit 100 Jahren begleiten. Es waren wohl immer Auseinandersetzungen darüber, wie man sich dem Arbeiter verständlich machen könnte.

Und es waren Auseinandersetzungen über die Taktik, wie man Wählerstimmen gewinnen

könnte. Das sind berechnete Auseinandersetzungen, aber sie haben dort ihre Grenze, wo man zu jedem Kompromiss bereit ist, nur um Wähler zu gewinnen. Wir sind keine populistische Partei, die einfach abchecken kann, was dem Wähler gefällt, und dann ihre Fahne in den Wind hält. Wir haben unsere Grundsätze, und wer die nicht mag, der hat uns nicht zu wählen.

Ich bin gern mit vielen zusammen, ich bin gern in einer grossen Partei, aber ab und zu habe ich den Eindruck, dass wir zu viele sind.

Und ich bin froh darüber, dass es auch kleinere linke Gruppierungen gibt, und ich bin traurig darüber, dass sie in den letzten Jahren noch mehr Schwierigkeiten hatten als wir.

Es gilt noch an ein anderes Jubiläum zu erinnern. Vor 20 Jahren war 1968, mit einer Jugend, die radikal ernst machen wollte mit der Politik, die nicht nur die Alten schockierte, sondern auch die damaligen Jungen.

Die Schadenfreude darüber, dass daraus nichts geworden ist, war und ist gross – und sie ist berechtigt, denn dass es uns – auch uns Sozialdemokraten – gelungen ist, sie in die Resignation zu treiben, das ist wirklich ein echter Schaden. Wir haben damit eine ganze Generation junger Menschen entpolitisiert, eine ganze Zeit entpolitisiert.

Wir sind damals zu unseren politischen Gegnern gelaufen und haben ihnen beteuert, dass wir mit jenen nichts, gar nichts zu tun hätten. Und jene sind zum Teil in unsere Partei eingetreten, und es gab viel Hoffnung in jener Zeit für unsere Partei und viel Streit, sehr viel Streit, und nächtelange Diskussionen und ein bisschen Feuer. Wir haben darüber gestritten, wer der Partei schadet, ob die Rechten oder die Linken.

Seit den letzten Wahlen wissen wir, wer uns geschadet hat. Die

vielgelobte Ruhe hat uns geschadet. Wir waren die Partei der dauernden Unruhe, und wir müssen diese Partei der Unruhe wieder werden.

Wir sind, das ist nicht wegzuwischen, inzwischen eine etablierte und recht salonfähige Partei. Das ist nun mal so und nicht ohne Gründe, und unsere Genossen vor 75 Jahren haben wohl auch davon geträumt, mit Recht. Aber wir haben kein Recht darauf, bequem an der Macht teilzunehmen und uns bequem darauf herauszureden, dass wir die Macht nicht hätten. Wir haben unsere Gegenmeinung darzustellen und unsere gespaltene Meinung auch.

Es wäre eine Lüge, zu behaupten, dass uns die sogenannte Sozialpartnerschaft, das Friedensabkommen, nichts gebracht hätte.

Die Gewerkschaften haben den Arbeitgebern beigebracht, dass jene Arbeiter, die sie bezahlen, letztlich auch ihre Konsumenten sind. Das hat eingeleuchtet und brachte Wachstum. Und dann hat man den Arbeitgebern beigebracht, dass die Arbeiter auch Zeit brauchen, um konsumieren zu können. Das hat eingeleuchtet und brachte Wachstum. Und der Arbeiter hat konsumiert und konsumiert, bis sein Freizeitstress fast grösser wurde als sein Arbeitsstress.

Nun müssten wir uns und den anderen beibringen, dass wir diese Welt nicht zu Tode konsumieren wollen, dass wir uns fürchten vor Wachstum.

Der Vorschlag des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine, nämlich Arbeit auf mehr Leute zu verteilen bei weniger Lohn hat unter deutschen Gewerkschaftern Entsetzen hervorgerufen.

Mir scheint sein Vorschlag realistisch zu sein. Nicht unser Wohlstand, nicht unser Reichtum hat zu überleben, sondern unsere Welt.

Da mögen sich Autolobby und Chemielobby und Atomkraftlobby und Baulobby darüber streiten, an was die Welt zugrunde geht, an was die Umwelt zugrunde geht.

Letztlich geht sie an nichts anderem zugrunde als an unserem Überkonsum. Wir arbeiten zu viel, wir verdienen zu viel, wir konsumieren zu viel.

Das hätten sich die Leute von 1913 nicht denken können, dass dereinst ein solcher Satz an einer Maifeier ausgesprochen wird. Sie hätten sich sehr über einen solchen Satz geärgert. Dafür habe ich Verständnis.

Also dann ein anderer Satz: Wir wollen weniger arbeiten, damit alle arbeiten können. Und wir wollen weniger konsumieren, damit die Welt, in der wir arbeiten wollen, weiterbesteht. Dafür müssen nicht nur die Besitzenden umdenken, sondern auch wir.

Und diese Zeit des Umdenkens wird eine harte Zeit werden für unsere Partei. Und dieses Thema des Umdenkens wird uns die Wähler nicht in Scharen zulaufen lassen.

Die hundertjährige Geschichte der Sozialdemokratischen Partei ist eine Geschichte von Schwierigkeiten und Enttäuschungen, von Streit und Flügelkämpfen – aber es hat sie gegeben, diese Partei, hundert Jahre lang, und ihre Stimme wurde wahrgenommen.

Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden nicht leichter werden.

Die Geschichte der SPS war die Geschichte von schweren Zeiten. Und hundert Jahre lang haben 1.-Mai-Reden mit «In diesen schweren Zeiten» angefangen.

Wir sind zwar reicher geworden, aber die Zeiten sind schwerer. Die Zeiten haben es mit uns schwer, mit unserem Reichtum.

Noch haben wir unsere sozialdemokratischen Ideen nicht

durchsetzen können, und schon kommt ein viel grösseres Problem auf uns zu.

Wir müssen der Erde zu Hilfe eilen, der Umwelt zu Hilfe eilen. Denn wir können eine bessere Welt, eine bessere Gesellschaft nur aufbauen auf einer Erde, die es noch gibt.

Und diese Erde ist bedrohter, als wir alle zugeben wollen. Und wir sind mehr daran beteiligt, als wir zugeben wollen. Wir sind daran, diese Erde zu Ende zu konsumieren. Wir fressen uns selbst den Boden unter den Füßen weg.

Nach uns die Sintflut – das ist die Parole.

Und das darf unsere Parole nicht sein.

Jene Andelfingerinnen und Andelfinger, die vor 75 Jahren hier zusammenstanden, die wussten, dass sie jene bessere Welt nicht selbst erleben wer-

den. Aber sie kämpften dafür, und sie glaubten daran, und sie hofften darauf.

Wir aber sind kleinmütig geworden und stolz auf unsere kleinen Schrittmchen. Die sind gut und besser als keine.

Aber ich fürchte, wir haben nun etwas zu tun, was keiner von uns kann: Wir haben die Richtung zu ändern, und zwar mit einem grossen Schritt.

Wir haben den Boden unter unseren Füßen zu retten und das Wasser und den Wald und die Luft und und und...

Keiner von uns ist zu diesem grossen Schritt fähig – also versuchen wir es gemeinsam, versuchen wir es doch!

Und ein letztes – wenn die Politik, wo auch immer, diese Erde zerstören will – dann ist Widerstand angebracht, dann ist Widerstand eine soziale und demokratische Pflicht.

gung der nichtregierenden Parteien gegenüber den historischen Parteien sehr verstärkt, ein Prozess, der auf der linken Seite des politischen Spektrums der Schweizer rascher vor sich gehe als rechts. Bei allen Parteien hätten diejenigen Wähler abgenommen, die sich gefühlsmässig «ihrer» Partei verbunden fühlten und sie regelmässig wählen gingen, zugenommen habe die Gruppe der Wähler, welche von Fall zu Fall entschieden, welche Partei und ob sie überhaupt wählen gingen. Erstere nannte man früher Stammwähler – Longchamp plädiert freilich für den Terminus «gebundene» – für letztere «ungebundene» oder Wechselwähler. Die Wechselwähler habe man 1987 gerade bei der SPS überdurchschnittlich gut ansprechen können, die gebundenen, eher traditionellen Wähler seien weniger abgewandert als einfach zu Hause geblieben.

Die Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Herkunft der alten SP-Stammwähler sind eine allgemeine Tatsache: qualifizierte Facharbeiter, 1979 noch 30 Prozent der SP-Wähler, machten 1988 noch 15 Prozent der Parteimitglieder aus, also sei der Kern der Arbeiterbewegung zusammengeschmolzen, während die Angestellten, die Rentner (etwa 30 Prozent der SP-Wähler) und auch die Nichterwerbstätigen (Hausfrauen, Studierende, Lehrlinge...) immer wichtiger würden. Menschen über 65 Jahren und junge Erwachsene zwischen 25 und 35 seien recht gut vertreten, das Loch bestehe auffällig bei den 40- bis 60jährigen. Ein Verschwinden des Arbeitsplatzes Schweiz werde, sei zu befürchten, auch weiterhin zum Schwund der Facharbeiter führen, ein Fünftel der SP-Wähler von 1983 habe 1987 nicht mehr SPS gewählt.

In der deutschen Schweiz sei es weder den Gewerkschaften

Das Wählerverhalten und seine Folgen auf die SPS

Surfbrett-Erfolge sind untauglich

Ein Diskussionsabend bei der SP Länggass

Schlüsse aus den eidgenössischen Wahlen 1987 wollte Politologe und Sozialdemokrat Claude Longchamp anlässlich der tieferliegenden politischen und gesellschaftlichen Trends als Ausblick und Einkehr ziehen. Die aus den «Hoffnungswahlen» hervorgegangenen 18 Prozent der SP seien eine so wenig stolze Bilanz, dass man nicht bloss tagespolitisch an die Deutung herangehen könne: Auch wenn weiterhin vier grosse Bundesratsparteien – die herkömmliche Konkordanz – herrschten, könne die eher gestärkte «heimliche» bürgerliche Mehrheit notfalls auch ohne die SP wesentliche Entscheide durchsetzen. Nach diesen Wahlen sei die Rolle für die SPS noch schwieriger, da die nichtregierenden Mittelparteien und die oppositionellen neuen Gruppen weder genügend stark, noch genügend bündnisfähig seien und keinesfalls so in eine stabile Mehrheit unter die Federführung der SP geführt werden könnten, sagte Longchamp an einer Mitgliederversammlung bei der SP Länggass. Seine Ausführungen haben Gültigkeit auch ausserhalb von Bern.

Der Wähler, hatte Longchamp herausgefunden, habe sich in höherem Masse als früher

überhaupt nicht mehr bewegen lassen, zur Urne zu gehen. Ausserdem habe sich die Bevorzu-